

UN-Sonderberichterstatter ruft zu Kulturkampf auf

31. März 2007

Ist Deutschland ein Schurkenstaat, ein Fall für Amnesty International? Am 21. März wurde die Bundesrepublik vor der Generalversammlung der UNO in Genf schwerer Menschenrechtsverletzungen angeklagt. Der Ankläger: Vernor Muñoz, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung; auf der Anklagebank: das deutsche Bildungssystem.

Von Rosa Tennenbaum

Im Februar des letzten Jahres hatte sich der Menschenrechtsbeauftragte eine Woche lang in Deutschland aufgehalten und dabei im Stundentakt Schulen und Vorschulen visitiert und sich mit Lehrern, Eltern und Bildungspolitikern unterhalten. Eine Woche, das ist nicht viel für ein so hoch differenziertes Bildungssystem, das sich aus 42.000 Schulen, 800.000 Lehrern und zwölf Millionen Schülern zusammensetzt. Seine Eindrücke und Schlußfolgerungen zeugen denn auch von wenig Sachverstand und umso mehr ideologischer Voreingenommenheit.

Dass Muñoz' Bericht vor der UNO-Versammlung in Genf trotzdem so viele Schlagzeilen produzieren konnte, unterstreicht die Stoßrichtung der ganzen Aktion: Ein Systemwechsel, wie er von internationalen Organisationen seit den 60er Jahren gefordert wird, nun endgültig durchzusetzen.

Die Anklage

Vernor Muñoz stammt aus Costa Rica; er ist von Hause aus Jurist, nennt sich aber auch Philosoph und Pädagoge. Seit 2004 ist er UN-Inspektor für Bildung und UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung.

In seiner Kritik am deutschen Bildungswesen wiederholt er im wesentlichen die Ergebnisse der PISA-Studie. Er sieht "eine ganz klare Verknüpfung" von sozialer Herkunft und Bildungserfolg, die nicht zuletzt aus einer "sehr frühen" Aufgliederung in verschiedene Schulzweige herrühre. Diese frühe "Aussortierung" benachteilige Migranten und andere sozial Schwache, die in den Hauptschulen über- und in den Gymnasien unterrepräsentiert seien. Zwar bescheinigt er dem deutschen Gymnasium eine lange Tradition, die "in der Vergangenheit gute Resultate" hervorgebracht habe, trotzdem besteht er auf durchgreifenden Änderungen des ganzen Systems.

Auch die föderale Struktur Deutschlands schaffe Ungleichheiten. Einige Bundesländer hätten ein zwei-, andere ein drei- oder viergliedriges Schulsystem, was sich negativ auf die Mobilität der Familien und auf die Vergleichbarkeit der Schulen auswirke. Einige Länder gäben 3.800 Euro im Jahr pro Schüler aus, andere 6.300, das führe zu Unterschieden. Richtig, nur dass diese Unterschiede bei genauerem Hinsehen sich anders auswirken, als man denkt. Die Länder mit den höchsten Ausgaben je Schüler führen bei Leistungsvergleichen nicht die Liste an, sondern finden sich lediglich im Mittelfeld wieder. Die kurzen Rückschlüsse müssen nicht die richtigen sein.

Die Chancengleichheit auf Bildung sieht Muñoz vor allem für Migrantenkinder und Behinderte verletzt. Deutschland besitzt das höchst differenzierte Förderschulwesen der Welt mit eigenen Schulzweigen für die unterschiedlichen Behinderungen, mit speziell dafür ausgebildeten Lehrern und mit sehr kleinen Lerngruppen. Das "Ausgrenzung" zu nennen, ist dreist. Hierzulande wollten die Pädagogen schwer behinderten Kindern nicht zumuten, sich mit "normalen" Schülern messen zu müssen und gliederten sie deshalb aus dem regulären Schulbetrieb aus. Doch wie sollte Muñoz sich bei seinem kurzen Besuch auch ein detailliertes Bild verschaffen. Das gleiche gilt für das weit verzweigte Berufsschulsystem, um das wir auch heute noch international beneidet werden. Deutschland müsse mehr Abiturienten produzieren, lautet die pauschale Forderung des Sonderbeauftragten. Dass jeder dritte Student nicht über das Gymnasium, sondern über diesen zweiten Bildungsweg zur Universität gelangt, ist ihm auf seiner Stippvisite offenbar entgangen.

Die Probleme der Migrantenkinder sind schwerwiegend, doch Muñoz prangert ausgerechnet das an, was die Benachteiligung der Zuwanderer mildern könnte -- die Beherrschung der deutschen Sprache. Auf der Pressekonferenz, die er zum Abschluss seiner Visitation vor einem Jahr gab, sprach er von "Muttersprachenverböten" auf deutschen Schulhöfen, in denen er einen schweren Verstoß gegen die Chancengleichheit erkannte. Dumm nur, dass sich die Schüler selbst und freiwillig für die deutsche Sprache entschieden hatten, weil sie eine gemeinsame Sprache als Grundvoraussetzung für Chancengleichheit einstufte. Und die frühe Sprachförderung von Migrantenkindern, zu der man sich endlich entschlossen hat, kanzelte er mit der Bemerkung "Sprache [ist] nicht die einzige Voraussetzung für Bildung" ab -- eine unqualifiziertere Äußerung gibt es wohl kaum.

Aus dem Arsenal der Reformbewegung

Die "Empfehlungen" des UN-Sonderbeauftragten sind alles andere als originell, sie stammen alle aus dem Arsenal der Reformbewegung. Er fordert die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, das "selektiv ist und zu einer Form der de-facto Diskriminierung führen könnte", und die Auflösung der Hauptschule; die Grundschule soll auf mindestens sechs Jahre verlängert werden. Neu ist lediglich die Forderung, das sogenannten "homeschooling", den privaten Unterricht zu Hause durch Eltern oder irgend jemanden sonst, der sich zum Unterrichten berufen fühlt, staatlich zuzulassen. Mit dieser Forderung straft Muñoz sein Geschrei über mangelnde Chancengleichheit selbst Lügen, denn mit der Bildung zu Hause wird die Chancenungleichheit auf die Spitze getrieben. Migranten und arme Familien wären sicher die letzten, die sich einen qualifizierten Hauslehrer leisten könnten.

"Deutschland muss eine Strukturreform des Bildungswesens durchführen," fordert er kategorisch in seinem Bericht. Dabei schwebt ihm "eine auf Recht gestützte Bildungsvision" vor. Gerade dieses Recht gibt es in diesem Land, und der Staat garantiert es nicht nur, er fordert es mit der Schulpflicht gegenüber den Erziehungsberechtigten sogar ein. Auch der Lehrerberuf soll weiter umdefiniert werden. Bei der Zusammenarbeit mit den Hochschulen solle der "pädagogische Schwerpunkt -- nicht nur thematisch oder fachbezogen -- auf die Ausbildung der Lehrer und besonders die Methodenlehre im Bereich Menschenrechtsbildung gelegt werden". An die Stelle von klar definiertem Fachwissen sollen Gummibegriffe wie Wissenschaftsorientierung, Umweltorientierung, Erlebnisstrukturen bilden, selbständiges Lernen und nun auch noch Menschenrechtsbildung treten.

Chancengleichheit, auf Recht gestützte Bildungsvision, Menschenrechtsbildung -- schwammige, aufgeblasene Begriffe, die nichts aussagen und gut zur Vernebelungstaktik der Reformbewegung passen. Muñoz zeigt sich als Vertreter des "internationalen Gesamtschulkartells" (FAZ) und macht sich darüberhinaus auch noch zum Sprecher des sogenannten Netzwerks "Bildungsfreiheit", deren Vertreter ihn zu Beginn seines Kurzbesuchs mit einem umfangreichen Bericht über "Menschenrechtsverletzungen im deutschen Bildungssystem" empfangen hatten. Dieses Netzwerk sieht in der Schulpflicht eine grausame Menschenrechtsverletzung und kämpft für eine Gleichstellung von schulischem und häuslichem Unterricht.

Muñoz' Bericht ist nicht nur inkompetent und anmaßend, er ist vor allen Dingen ideologisch begründet. Er will offenbar erzwingen, dass Deutschland sein Bildungssystem den Strukturen anderer Industrieländer anpasst. Nähme er seinen Titel "Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung" ernst, hätte er sich den inhaltlichen Fragen zugewandt, denn sie sind für die Qualität der Bildung ausschlaggebend. Muñoz' Kritik ist ein Aufruf zum Kulturkampf für die Gesamtschule, die jetzt unter dem Begriff Gemeinschaftsschule fröhlich Wiederauferstehung feiert. Und die Ewig Gestrigen der Reformbewegung frohlocken über diesen wichtigen Etappensieg. Sie hoffen, dass nach dieser Schelte der internationale Druck auf die Bundesregierung so zunehmen werde, dass Deutschland gar nichts anderes übrig bleibe als sich zu fügen.

Bildnachweis:

<http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:PISA-LOGO.JPG>

Weitere Artikel von Rosa Tennenbaum finden sie hier